

963

UNI-REPORT

JOHANN-WOLFGANG-GOETHE-UNIVERSITÄT-FRANKFURT

29.2.1972

KEINE "ENTTÄUSCHUNG" ÜBER FOLGEN DES HESSISCHEN UNIVERSITÄTS- GESETZES

In der neuesten Ausgabe des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" erschien ein Bericht über die Vorgänge an der Frankfurter Universität im Zusammenhang mit den Störungsversuchen bei Klausuren im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Der Präsident der Universität Frankfurt wird zu einer Reihe von Punkten eine Gegendarstellung erwirken. Eine Behauptung ist allerdings so gravierend, daß sie sofort richtiggestellt werden muß.

In dem Beitrag heißt es:

"Ausgerechnet der sozialdemokratische Präsident Erhard Kantzenbach vertraute im privaten Gespräch dem CDU-Oppositionsführer Alfred Dregger seine 'sehr große Enttäuschung' (so Dregger hinterher zum Spiegel) über die aktuellen Folgen des von der SPD verabschiedeten Hessischen Universitätsgesetzes an."

Dazu ist festzustellen, daß es sich nicht um ein privates Gespräch handelte, da die Mitglieder der CDU-Fraktion, der Kanzler der Universität, der Polizeipräsident und andere Personen anwesend waren. Diese Personen können bezeugen, daß der Präsident eine solche Äußerung nicht abgegeben hat. Auch der Vorsitzende der hessischen CDU, Dr. Dregger, hat sich auf Anfrage von dem Zitat im "Spiegel" distanziert.

Der Präsident sagte sinngemäß, daß er es bedauere und er enttäuscht sei, daß es nicht gelungen sei, alle Angehörige der Universität dazu zu bringen, Konflikte nur noch in den Gremien der Universität auszutragen. Bereits in einer Presseerklärung vom 23.2., die dem "Spiegel" vorlag, hatte der Präsident erklärt:

"Der Präsident teilt jedoch nicht die Auffassung der CDU, daß diese Konflikte durch das Hessische Universitätsgesetz gefördert werden. Im Gegenteil, die wiederholten gewaltsamen Aktionen der Linksextremisten gegen die gesetzmäßigen Organe der Universität beweisen, daß diese Organe sich nicht den Forderungen der Extremisten zu beugen bereit sind."

Am gleichen Tag hatte der Präsident in einer anderen Erklärung an die Presse, die auch dem "Spiegel" zuing, ausgeführt:

"Setzt man die Zahl der Studenten, die Auseinandersetzungen mit der Polizei suchten, mit der Gesamtzahl von 17 000 in Beziehung, so ergibt sich, daß sich weniger als zwei Prozent beteiligt haben und mehr als 98 Prozent den Streik- und Kampfparolen der linksextremen Gruppen nicht gefolgt sind. Diese erfreuliche Bilanz wird auch nicht dadurch getrübt, daß im Augenblick Semesterferien sind. Nach wie vor ist der überwiegende Teil der Studenten, also mindestens 8 000, in Frankfurt. Der Präsident dankt den Studenten für ihre besonnene Haltung, mit der sie zum Ausdruck gebracht haben, daß sie nach wie vor Vertrauen haben, daß die berechtigten Forderungen der Studenten im Rahmen der vom Hessischen Universitätsgesetz geschaffenen Gremien zum Zuge kommen."

Daraus wird klar ersichtlich, daß der Präsident in der ausgebliebenen Solidarisierung mit den Störern eine positive Folge der Hessischen Universitätsgesetze sieht.

Presse- und Informationsstelle

6 Frankfurt am Main, Senckenberganlage 51

Telefon (0611) 7 98/2531-2472

Telex 0413932 unif d
